

EINWOHNERRAT BRUGG

P R O T O K O L L

der Sitzung des Einwohnerrates vom
Freitag, 20. Januar 2023, 19.30 Uhr, im Rathaussaal

* * *

Traktanden:

1. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanzkommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 aufgrund des Rücktrittes von Herrn Willi Wengi per Ende 2022
2. Einbürgerungen
3. Einführung Geschäftsverwaltungssystem
4. Motion Angelika Curti betreffend Verkehrsberuhigungs und -sicherheitskonzept im Raum Schöneegg (wird vom Stadtrat abgelehnt)
5. Motion Barbara Geissmann betreffend Änderung der Gemeindeordnung (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
6. Postulat Martin Brügger betreffend ergebnisoffene Planung Gebietsentwicklung Aufeld - Aegerten (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

* * *

Vorsitz: Michel Indrizzi, Präsident
Aktuar: Matthias Guggisberg, Stadtschreiber
Stimmzähler: Matthias Rüede und André Schwarz

* * *

Präsenz: Es sind 46 Mitglieder anwesend. Entschuldigt haben sich die Damen Julia Geissmann und Lea Kalt sowie die Herren Adriaan Kerkhoven und Willi Wengi.

* * *

Die Protokolle der Sitzungen vom 21. und 28. Oktober 2022 gelten in der vorliegenden Form als genehmigt.

* * *

Der Präsident: Im Anschluss an die Einwohnerratssitzung findet eine Informationsveranstaltung zum Thema „Zukunft Lehrschwimmbecken und Hallenbad Brugg“ statt. Dies jedoch nur, falls die Einwohnerratssitzung vor 22.00 Uhr endet.

Wir waren nun zweieinhalb Jahre nicht mehr Gäste im Rathaussaal. Da es einige unter uns hat, welche noch nie an einer Einwohnerratssitzung im Rathaussaal mit dabei waren, möchte ich die Regeln für die Wortmeldung kurz erläutern. Meldung durch Handzeichen, Worterteilung durch den Ratsvorsitzenden, Aufstehen, Begrüssung, Ausführungen, wieder Setzen.

* * *

Traktandum 1: Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanzkommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 aufgrund des Rücktrittes von Herrn Willi Wengi per Ende 2022

Herr Peter Knecht: Herr Willi Wengi gab nach 25 Jahren sein Amt als Mitglied der Finanzkommission per Ende 2022 ab. Er präsierte viele Jahre die Kommission. Er kann heute nicht an der Sitzung teilnehmen. Zu gegebener Zeit wird er noch für seinen grossen Einsatz gewürdigt werden. Bereits heute will ich mich jedoch bei ihm für seine wertvollen Dienste und seinen unermüdlichen Einsatz, welche er für die Finanzkommission sowie in anderen Gremien geleistet hat, bedanken.

Der Rücktritt von Herrn Willi Wengi hat eine Ersatzwahl zur Folge. Es freut mich sehr, dass sich mit Frau Yvonne Buchwalder-Keller eine junge und engagierte Person für die Wahl in die Finanzkommission zur Verfügung stellt. Sie ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und in die grossen Fussstapfen ihres Vorgängers zu treten.

Frau Yvonne Buchwalder-Keller ist als Leiterin Finanzen und Rechnungswesen im Medizinischen Zentrum Brugg tätig und Mutter von zwei Kindern. Sie wurde anlässlich der letzten Einwohnerratswahlen mit einem ausgezeichneten Wahlergebnis als Mitglied des Einwohnerrates gewählt. Sie bringt aufgrund ihrer Ausbildung und ihrem Beruf wichtige Voraussetzungen für dieses Amt mit. Sie verdient unser Vertrauen. Ich bitte den Rat deshalb, Frau Yvonne Buchwalder-Keller mit einem ehrenvollen Resultat zu wählen.

Weitere Nominierungen werden nicht gemacht. Mit Zustimmung des Rates wird eine stille Wahl vorgenommen.

Frau Yvonne Buchwalder-Keller ist damit in stiller Wahl gewählt. Sie erklärt die Annahme der Wahl.

Traktandum 2: Einbürgerungen

Herr Reto Bertschi, Präsident der Finanzkommission: Die Finanzkommission hat die Unterlagen zu den vorliegenden Einbürgerungsgesuchen geprüft und festgestellt, dass alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller die rechtlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme ins schweizerische Bürgerrecht vollumfänglich erfüllen. Ebenso sind die Prüfkriterien der Finanzkommission erfüllt. Die Aufnahme ins Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg kann den Einbürgerungswilligen somit zugesichert werden. Im Namen der Finanzkommission bitte ich den Rat, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenbezogenen Angaben entfernt.

Traktandum 3: Einführung Geschäftsverwaltungssystem

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Der erste Leitsatz des aktuellen Legislaturprogramms des Stadtrates lautet «Der Stadtrat entwickelt die Verwaltung so weiter, dass sie sich schnell an neue Herausforderungen anpasst und effiziente und effektive Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen kann». Ein Schlüssel für die Erfüllung dieses Ziels liegt in der Digitalisierung. Die Bevölkerung kann schon heute über den Onlineschalter der Homepage der Stadt rund um die Uhr auf verschiedene Verwaltungsdienstleistungen zugreifen. Dieses Angebot will der Stadtrat weiter ausbauen. Dafür müssen aber auch die hinter diesen Dienstleistungen liegenden Verwaltungsabläufe elektronisch und medienbruchfrei organisiert werden. Ein wichtiger Schritt der digitalen Transformation dieser Verwaltungsprozesse ist die Einführung eines elektronischen Geschäftsverwaltungssystems (GEVER). Trotz der steigenden Menge an Informationen, welche die Verwaltung täglich zu verarbeiten hat, müssen Geschäfte transparent, jederzeit nachvollziehbar und ständig verfügbar sein. Eine einheitliche und geordnete Aktenführung ist im digitalen Umfeld eine Grundvoraussetzung, damit man den stetig wachsenden Anforderungen gerecht werden kann. Nur so kann gewährleistet werden, dass relevante Informationen rationell, schnell und in der richtigen Form zur Verfügung stehen. Das Ziel ist, dass geschäftsrelevante Informationen künftig elektronisch geführt werden können. Das erlaubt nicht nur eine effiziente Aktenführung und Ablaufsteuerung, also die Zuteilung, die Ausführung und die Nachverfolgung der verschiedenen Aufgaben. Es schafft auch die Grundlage für eine fundierte Langzeitarchivierung. GEVER ermöglicht eine Effizienzsteigerung und Qualitätsverbesserung bei den verschiedenen Verwaltungsabläufen. Es gibt heute nur noch wenige Verwaltungen, welche ohne diese moderne Kernapplikation auskommen.

Die Einführung von GEVER inklusive eines Intranets und einer neuen CMI-Lösungsplattform verursacht Kosten in der Höhe von rund CHF 135'000. Ab dem Jahr 2024 fallen dann jährlich Kosten in der Höhe von CHF 65'000 für Lizenz- und Unterhaltskosten an.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass der Nutzen dieses Systems die Kosten bei weitem übersteigen wird. Er bittet deshalb den Rat, dem vorliegenden Kreditantrag zuzustimmen.

Herr Stefan Baumann: Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion. Wieder einmal muss ich den Rat daran erinnern, dass die Stadt ein hochrotes Finanzergebnis aufweist. Nach wie vor wird aber kein einziges Geschäft behandelt, welches massive und konkrete Kostensenkungen beinhaltet. So versprach der Stadtrat anlässlich der Fusion mit der Gemeinde Schinznach-Bad Synergieeffekte. Von diesen können wir leider keine erkennen. Das Gegenteil ist der Fall. Der Aufwand der Feuerwehr ist sogar gestiegen. Auch steht die Oberstufe im Schenkenbergertal vor dem Aus und die betroffenen Schülerinnen und Schüler haben einen massiv weiten Schulweg. Wir wissen, dass jedes bewilligte Geschäft Mehrkosten generiert und der Bevölkerung keinen Zusatznutzen bringt. Beim aktuellen Geschäft erhofft man sich laut Zeitungsbericht bei der EVP, dass ein Grossteil des Papierberges verschwinden wird. Die FDP, GLP und SP stellen einige berechtigte Fragen, welche jedoch operativer Art sind. Einzig die Grünen sind der Meinung, dass einer weiteren Aufstockung von Stellenprozenten in der Verwaltung mit dieser Anschaffung vorgebeugt werden kann.

Um was geht es im Generellen? Die Verwaltung respektive der Stadtrat legt dem Einwohnerrat einen Investitionsantrag vor. Wir Einwohnerratsmitglieder, selber Einwohnerinnen und Einwohner sowie Steuerzahler, sind ein Ausschuss der Bewohner der Stadt und auch von diesen gewählt. Die Einwohnerratsmitglieder können unter anderem zu einem Antrag des Stadtrates ja oder nein sagen. Es geht ja schliesslich auch um unser Geld. Was wir wissen über diesen Antrag ist, dass es um eine erprobte Software, Transparenz und Verfügbarkeit sowie um Nachvollziehbarkeit und Digitalisierung geht. Ich will bemerken, dass Digitalisierung mehr ist als ein PDF zu erstellen, irgendwo abzuspeichern, auszudrucken und weiter zu verschicken. Die Software alleine bringt noch keinen Nutzen, sondern der dazugehörige Prozess.

Im Antrag ist die Rede von Qualitätsverbesserung und Effizienzsteigerung. Bei den Zielen und Nutzen werden auch eine effizientere Kooperation und eine Produktionssteigerung sowie Rationalisierung erwähnt. Konkrete Erwartungen oder messbare Ziele wie zum Beispiel Einsparungen und Reduktion von Stellenprozenten sucht man in der Vorlage vergebens. Wie würden die Ratsmitglieder entscheiden, wenn die Stadt ihre Firma wäre? Ich bitte den Rat genauso zu entscheiden. Denn die Stadt ist auch ihre Firma, finanziert durch ihr Geld. Die SVP-Fraktion erwartet bei dieser Investition konkrete und messbare Einsparungen, sprich einen Plan, wie Verwaltungsstellen reduziert werden können. Wir beantragen deshalb die Rückweisung dieses Antrages.

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Zum erhofften Effizienzpotential respektive der Stel-
leneinsparung kann ich sagen, dass eine Effizienzsteigerung bei einer Einführung dieser
Software bei verschiedenen Stellen in der Verwaltung anfallen würde. Dies indem unter an-
derem weniger Zeit gebraucht wird um Dokumente zu suchen, und eine effizientere Planung
der verschiedenen Geschäfte möglich ist. Es wird aber nicht so sein, dass man deshalb Stel-
len einsparen könnte. Jedoch können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sich
so ihre Arbeit effizienter organisieren und werden auch besser in der Lage sein, die stetig zu-
nehmenden Aufgaben speditiv zu erledigen. Der Stadtrat erhofft sich, dass in Zukunft Leer-
läufe für administrative Sucharbeiten vermieden werden können.

Ich gebe Herrn Stefan Baumann recht, Digitalisierung ist mehr als ein PDF zu erstellen, ir-
gendwo abzuspeichern, auszudrucken und es zu verschicken. Bei der Digitalisierung geht es
um Prozesse. GEVER zwingt uns bzw. gibt uns die Möglichkeit, unsere Prozesse zu über-
denken und zu optimieren, damit wir die digitalen Anforderungen erfüllen können. Ich bitte
den Rat, dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen und plädiere nochmals für die Bewilli-
gung des vorliegenden Verpflichtungskredites.

Damit ist die Diskussion zum Rückweisungsantrag der SVP erschöpft.

In der Abstimmung wird der Rückweisungsantrag mit 8 Ja zu 37 Nein abgelehnt.

Frau Patricia Gloor: Dass die Stadt auch auf den Zug der Digitalisierung aufsteigen muss, ist
für die Fraktion der FDP grundsätzlich unbestritten. Wir haben aber gestützt auf die Ausfüh-
rungen in der Vorlage keine abschliessende Meinung treffen können. Leider haben wichtige
Informationen in der Vorlage gefehlt. Diese mussten wir nachträglich beim Stadtrat einholen.
Wir wollten wissen, wie hoch das Einsparungspotenzial pro Jahr ist und wie das Betriebs-
Know-how sichergestellt wird. Ausserdem wollten wir wissen, wo die Daten zukünftig abge-
speichert werden, wie die Langzeitarchivierung funktionieren wird und was dies für Folgekos-
ten mit sich bringt. Weiter wollten wir wissen, ob es einen Evaluationsbericht gibt, ob die ab-
zubildenden Prozesse definiert sind und was das geplante Redesign beinhaltet. Der Stadtrat
hat auf unsere Fragen schnell und ausführlich geantwortet.

Das Einsparungspotenzial schätzt der Stadtrat mit fünf bis fünfzehn Prozent pro Arbeitsschritt. Hier ist natürlich zu hoffen, dass die geschätzten Einsparungen die jährlich wiederkehrenden Kosten ab 2024, wenigstens längerfristig, decken. Nicht in der Vorlage ausgewiesen sind die Kosten für die Langzeitarchivierung. Hier geht der Stadtrat von Projektkosten in der Höhe von ca. CHF 100'000 aus. Hier wäre es wünschenswert, wenn dieser geschätzte Betrag dann auch in etwa in dieser Grössenordnung bleibt. Ausserdem ist es uns ein Anliegen, dass die Einführung von GEVER keinen zusätzlichen Personalbedarf generiert.

Abschliessend ist für uns klar, dass GEVER zeitgemäss ist und viele Vorteile bringt. Ein Hauptvorteil ist sicherlich, dass von überall und jederzeit auf Dokumente zugegriffen werden kann. Man muss nicht mehr unbedingt ins Büro gehen, um Akten zu studieren und zu bearbeiten. Auch die Einführung eines Intranets finden wir begrüssenswert. Unseres Erachtens ist es zudem sinnvoll, dass die Dokumentvorlagen der Stadtverwaltung vereinheitlicht werden. Letztendlich sind es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche das System mit Daten füllen. Wichtig ist darum, dass das Personal der Stadtverwaltung gut in das neue System eingeführt wird. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass das Programm, wenn es richtig durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter «gefüttert» wird, sehr nützlich ist.

Eine Frage zum Redesign ist noch offen. Geht es hier lediglich um Anpassungen von bestehenden Dokumentvorlagen oder um ein neues Corporate Identity? Diese Frage würden wir gerne noch von Frau Stadtammann Barbara Horlacher beantwortet haben.

Ansonsten wünsche ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, dass sie das neue System positiv aufnehmen.

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Der Stadtrat ist der Ansicht, dass mit der Einführung von GEVER der richtige Zeitpunkt gekommen ist, sich auch über das Erscheinungsbild Gedanken zu machen. Es gibt derzeit keine definierten Standards für eine Vereinheitlichung von Dokumentvorlagen bei der Stadtverwaltung.

Mit dem im Projekt integrierten Corporate Design (CI/CD) erhält das Erscheinungsbild der Stadt die notwendige Ordnung sowie eine Auffrischung.

Frau Andrea Rauber: Ich spreche im Namen der GLP-Fraktion. Wir sind für eine moderne und effiziente Verwaltung und vertreten die Meinung, dass ein elektronisches Geschäftsverwaltungssystem dies fördert. Ich persönlich habe auch den Eindruck, dass es eine kostengünstige Anschaffung ist.

Wir haben noch verschiedene Fragen zur Vorlage: Wie wird sichergestellt, dass man auch in vielen Jahren noch Dokumente wiederfindet? Zudem ist uns der Schutz von Personendaten ein wichtiges Anliegen. Nicht jeder soll einfach auf persönliche Informationen Zugriff haben können. Wie wird das System gegen Cyberangriffe geschützt? Denn mit jedem neuen System exponiert man sich, wodurch die Cybersicherheit ein wichtiges Thema ist.

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Da es sich bei den Fragen von Frau Andrea Rauber um spezifische und technische Fragen handelt, bei welchen ich mich nur bedingt in der Lage fühle, diese heute Abend zu beantworten, möchte ich mit Erlaubnis des Präsidenten das Wort unserem Leiter Projekte und ICT, und Projektleiter für die Einführung von GEVER, Herrn Kirishanth Kridaran, geben.

Herr Kirishanth Kridaran, Leiter Projekte und ICT: Zur ersten Frage bezüglich des Archivs: Wir werden im Ordnungssystem definieren, wie viele Jahre das einzelne Dossier bzw. Geschäft verfügbar sein soll und somit im System verbleibt. Nach dieser ersten Phase wird das Geschäft ins Archiv verschoben. Hierbei wird sichergestellt, dass ein Standard ausgewählt wird, welcher kompatibel ist mit dem Archivprojekt. Bei der Evaluation dieses Tools wird auch berücksichtigt, dass die Mindestanforderungen des Staatsarchivs eingehalten werden. Seitens des Kantons wurde das System bereits vorab abgesegnet.

Zur zweiten Frage bezüglich des Personen- und Datenschutzes: Die Daten werden nur innerhalb der Stadtverwaltung verwendet. Zudem wird sichergestellt, dass Zugriffe von aussen nur von berechtigten Personen über eine Zwei-Faktor-Authentifizierung möglich sind. Alle Daten im Rechenzentrum innerhalb der Stadtverwaltung gespeichert und es werden keine Clouds verwendet.

Ausserdem wird zur Überwachung ein Berechtigungskonzept geführt. Dabei wird stets dokumentiert, wer auf was im System Zugriff hat. Zusätzlich läuft ein Audit im Hintergrund, welches dokumentiert, wer wann auf welches Dokument Zugriff hatte und wer welches Dokument wie bearbeitet hat.

Herr Markus Lang: Zur Archivierung habe ich eine Zusatzfrage: Wird nun das, was ins Archiv verschoben wird, lediglich elektronisch archiviert? Oder wird es weiterhin noch Ausdrücke auf Papier geben? Die Formate der elektronischen Daten werden sich mit den Jahren ändern. Es könnte eine gewisse Gefahr bestehen, dass in fünfzig oder hundert Jahren die Geräte nicht mehr zur Verfügung stehen, um die elektronischen Dokumente lesen zu können.

Herr Kirishanth Kridaran, Leiter Projekte und ICT: Es ist vorgesehen, dass per Ende 2023 alle Dokumente nur noch digital geführt und archiviert werden. Laufende Dossiers werden ins neue System integriert. Das System verfügt über einen sogenannten Passivierungsassistenten, welchen das Geschäft auf das Archiv vorbereitet. Das bedeutet, dass unnötige Daten aus dem Geschäft gelöscht werden und die benötigten Dokumente wie E-Mails, Excel-, Word und PDF-Dateien, Bilder etc. archivkonforme PDF A3 konvertiert werden. Das gewährleistet, dass die elektronischen Dokumente auch noch in weiter Zukunft gelesen werden können.

Herr Titus Meier: Grundsätzlich bestimmt das Archivreglement, dass die Verwaltungsstellen dem Archiv ihre Unterlagen anbieten. Das Archiv legt dann fest, welche Dokumente archiviert werden. Beim Prozess, welchen Herr Kirishanth Kridaran geschildert hat, sind es jedoch die Verwaltungsmitarbeiter, welche entscheiden, was im Archiv übernommen wird und was nicht.

Herr Kirishanth Kridaran, Leiter Projekte und ICT: Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Eine Möglichkeit ist, dass wir vorgängig mit dem Registraturplan definiert wird, was archivwürdig ist und was nicht. Im Ordnungssystem, welches wir mit dem Staatsarchiv und mit einem externen Anbieter überarbeiten wird, wird pro Archivplanposition entschieden, wie lange die Aufbewahrungsfrist für das entsprechenden Dokument ist bzw. ob dieses vernichtet werden kann. GEVER entscheidet dann aufgrund dieser Vorgaben automatisch. Eine andere Option wäre ein halbautomatischer Prozess (Sampling). Das bedeutet, dass vor der automatischen Archivierung durch GEVER die Unterlagen durch eine Person gesichtet würden, welche endgültig entscheidet, was archivwürdig ist und was nicht.

Herr David Hunziker: Die SP-Fraktion ist erfreut, dass die Stadtverwaltung mit der Digitalisierung mithalten will und dafür auf GEVER zurückgreifen möchte. Auch wir hatten diverse Fragen zur Vorlage. Die wurden alle sehr schnell und kompetent durch den Stadtrat beantwortet. Die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage.

Herr Yves Gärtner: Auch aus der Sicht der Grünen ist die Einführung von GEVER eine sinnvolle Sache und kann hoffentlich dazu beitragen, die Qualität der Stadtverwaltung zu verbessern. Wir sind der Meinung, dass die genannten Kosten für ein Projekt dieses Umfangs auch nicht zu hoch sind.

Die Anschaffung von GEVER ist aber weder innovativ oder gar eine Pioniertat. Glücklicherweise kann unsere Stadtverwaltung aber auch jetzt noch den Anschluss an die Digitalisierung schaffen und ein System einführen, welches für eine Stadtverwaltung eigentlich schon länger hätte zum Standard gehören sollen. Wir sind der Ansicht, dass die Einführung von GEVER verschiedene Vorteile mit sich bringt. Zudem zwingt es die Verwaltung, die internen Abläufe zu analysieren. Wir würden es begrüßen, wenn die Mitglieder des Einwohnerrates zukünftig elektronisch auf Dokumente zugreifen könnten.

Wir freuen uns, dass die Stadt mit der Anschaffung von GEVER den Anschluss an die Gegenwart schafft. Ausserdem freut es uns, dass für die Einführung von GEVER interne Kompetenzen genutzt werden können, was einen ambitionierten Zeitplan mit moderaten Kosten ermöglicht. Wir stimmen deshalb dem Verpflichtungskredit für die Einführung von GEVER zu.

Frau Joya Süess: Die Einführung von GEVER ist zeitgemäss und eine logische Folge der neuen ICT-Infrastruktur, welche bereits umgesetzt wird. Diese Effizienzsteigerung dient allen Verwaltungsabteilungen und vom besseren Informationsfluss und Transparenz profitiert die gesamte Öffentlichkeit. Der Zeitplan zur Realisierung des Vorhabens ist gemäss Vorlage sehr sportlich. Wir freuen uns aber, dass wir bereits in einem Jahr Ergebnisse erwarten dürfen. Wir begrüßen auch, dass die geplante Software die schweizerischen Standards erfüllt und es damit zu keinen Abhängigkeiten mit bestimmten Anbietern kommen könnte. Die jährlich wiederkehrenden Kosten sind beträchtlich. Wir hoffen, dass zukünftig anfallende Kosten immer transparent kommuniziert werden. Die EVP-Fraktion stimmt diesem Verpflichtungskredit zu.

Frau Nadine Christen: Ich spreche im Namen der Fraktion der Mitte. Unsere Fraktion ist erstaunt darüber, dass GEVER erst jetzt eingeführt wird. In vielen Gemeinden und Kantonen wird dieses System schon seit einigen Jahren eingesetzt. Mit der Anschaffung der Software wird der Grundstein für die wachsenden Anforderungen an das Personal der Gemeindeverwaltung gelegt. Damit kann gewährleistet werden, dass auch in Zukunft die Qualität der Dienstleistungen für die Kundschaft sowie für die Behörden bestehen bleibt. Es muss möglich sein, die Geschäftstätigkeit der Verwaltung vollständig zu überblicken und Bearbeitungsstände sowie Fristen kontrollieren zu können. Entscheidungswege müssen nachvollziehbar und gesuchte Unterlagen rasch auffindbar sein. Auch müssen Dokumente für einen längeren Zeitraum archiviert werden können. Eine präzise Wirtschaftlichkeitsrechnung ist offenbar nicht möglich. Trotzdem kann erwartet werden, dass aufgrund der beschriebenen Nutzeraspekte, den Standardisierungen sowie den Optimierungen, erhebliche Einsparungen daraus resultieren werden. Zudem dürften die durch GEVER im Tagesgeschäft resultierenden Zeiterparnisse die Verwaltung entlasten. Die Notwendigkeit eines Stellenausbaus sollte sich damit auch bei stetiger Zunahme der Geschäftslast reduzieren. Unsere Fraktion ist der Ansicht, dass diese Investition absolut sinnvoll ist und unterstützt den Antrag des Stadtrates.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen für die Einführung des Geschäftsverwaltungssystems einen Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 135'000 inkl. MWST bewilligen».

mit 37 Ja zu 8 Nein zugestimmt.

Traktandum 4: Motion Angelika Curti betreffend Verkehrsberuhigungs und -sicherheitskonzept im Raum Schöneegg (wird vom Stadtrat abgelehnt)

Frau Angelika Curti: Ich spreche als Motionärin. Ich wünsche die Diskussion im Rat mit anschliessender Abstimmung. Meine Motion beinhaltet das Thema Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung im Raum Schöneegg. Die Motion habe ich aufgrund der Einwohnerratsvorlage zur Gestaltung des Schöneeggparks von Juni 2022 verfasst. Uns wurde dazumal ein wunderschöner Park versprochen. Es war von einem Spielplatz für die Kinder die Rede. Ausserdem war im Parkumgestaltungsprojekt geschrieben, dass viel Wert auf die visuelle und räumliche Verbindung der beiden bestehenden Parkteile gelegt wird. Ein Zitat aus der Vorlage lautet: «eine neue Grosszügigkeit erlebbar gemacht werden soll». Allerdings war in dieser Vorlage mit keinem Wort erwähnt, dass dieser Park zukünftig durch die Freudensteinstrasse durchschnitten sein wird. Auch stand in der Vorlage nichts über die geplanten Sicherheitsmassnahmen, welche potentielle Gefahrenquellen für spielende Kinder an der Freudensteinstrasse entschärfen würden. In der Vorlage fehlt ausserdem, dass der Verbindungsast zur Freudensteinstrasse, welcher sich im hinteren Teil bei den Rotbuchenbäumen befindet, aufgehoben werden soll.

Der Park grenzt an die Schöneeggkreuzung. Diese Kreuzung wird von vielen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern verkehrstechnisch als problematisch und gefährlich beurteilt. Durch die geplante Attraktivitätssteigerung des Parks muss erwartet werden, dass die Fussgängerfrequenz bei der Schöneeggkreuzung, vor allem durch Kinder und betagte Menschen, erheblich zunehmen wird.

Ich bin nicht die erste Einwohnerrätin, welche sich mit der Verkehrsproblematik im Bereich der Schöneeggkreuzung beschäftigt. Bereits im September 2009 hat Frau Karin Graf (SP) eine Motion eingereicht, welche Verkehrssicherheitsmassnahmen im Bereich der Laurerstrasse beinhaltete. Diese Motion ist noch nicht abgeschlossen. Im Juni 2018 hat Frau Rita Boeck einen Vorstoss eingereicht, mit welchem sie vorgeschlagen hat, eine Begegnungszone in diesem Bereich einzuführen. Dieser Vorstoss wurde dazumal durch den Stichtscheid des Ratspräsidenten nicht überwiesen. Die Verkehrssituation bei der Schöneeggkreuzung ist sehr komplex sowie unübersichtlich. Bei der Kreuzung führen fünf Strassen zueinander. Es herrscht überall Rechtsvortritt, ausser bei der Freudensteinstrasse.

Vereinzelte Automobilisten, welche auf der Achse Laurstrasse und Schöneeggstrasse unterwegs sind, verhalten sich aber oft so, als ob sie auf einer Hauptstrasse unterwegs wären. Dabei verweigern sie teilweise den Fussgängern den Vortritt. Ich fahre pro Tag vier Mal mit dem Fahrrad über diese Kreuzung. Von Richtung Altenburg herkommend muss ich sehr aufpassen, dass ich nicht von einem Fahrzeug erfasst werde. Deshalb muss bei der Neugestaltung des geplanten Schöneeggparks unbedingt nochmals die Situation auf dieser Kreuzung geprüft werden. Darum verlange ich auch die Bearbeitung eines entsprechenden Konzeptes dafür.

Bei der Freudensteinstrasse kommt noch hinzu, dass diese ein Teil einer Rundroute für Eltern ist, welche ihre Kinder mit dem Auto zum Stapfer- oder Freudensteinschulhaus fahren und zu diesem Zweck die Route Pestalozzistrasse - Museumstrasse – Freudensteinstrasse benutzen. Insbesondere bei der Wegfahrt dieser Autofahrer durch die Freudensteinstrasse kann immer wieder eine gewisse Hektik im Fahrstil und damit eine den Begebenheiten entsprechend unangebracht hohe Geschwindigkeit beobachtet werden. Dies führt zu weiteren gefährlichen Situationen, insbesondere beim Abschnitt, welcher den Park und damit die Spielfläche der Kinder durchschneidet.

Ich danke dem Rat für die Aufmerksamkeit und die Zustimmung zur Überweisung meiner Motion.

Herr Stadtrat Roger Brogli: Die Motionärin stellt folgenden Antrag: Der Stadtrat wird beauftragt, dem Einwohnerrat ein Verkehrsberuhigungs und -sicherheitskonzept beim erweiterten Raum Schöneeggpark vorzulegen. Ich komme zur Ausgangslage: Die Motionärin bezieht sich auf die Zustimmung des Kredites durch den Einwohnerrat für die Umgestaltung des Schöneeggparks vom 24. Juni 2022.

Sämtliche Verkehrsthemen, auch im Bereich Schöneeggpark, sind bereits mit der Erstellung des Kommunalen Gesamtplans Verkehr (KGV) detailliert untersucht worden. Der KGV ist durch eine Projektkommission Verkehr erarbeitet worden. Diese Kommission bestand aus internen und externen Fachleuten wie der Regionalpolizei, der IG Verkehrssicherheit, Vertretern aus der Politik und dem Gewerbe sowie der Schule. Daraus sind unter anderem folgende Massnahmen im Raum Schöneeggpark bestimmt und umgesetzt worden: Begegnungszonen bei der Fröhlichstrasse und verkehrstechnische Gestaltung der Verzweigung Schöneeggstrasse, Fröhlichstrasse, Laurstrasse und Altenburgerstrasse.

Rechtsvortritt und Fussgängerstreifen sowie Massnahmen zur Schulwegsicherung und Signalisation und Strassenquerung bei der Laurstrasse. Eine weitere geplante Massnahme ist die Einführung einer Tempo-30-Zone im Bereich der Schöneggkreuzung in dieser Legislaturperiode. Die im KGV beschriebenen Massnahmen sind behördenverbindlich.

Da der KGV im Gesamtkontext für das gesamte Stadtgebiet entwickelt worden ist, wäre es nicht zielführend einzelne Perimeter herauszunehmen und separat noch einmal zu beurteilen. Etwaige Massnahmen würden nicht mehr in den abgestimmten Gesamtplan hineinpassen.

Nach Rücksprache mit der Regionalpolizei kann festgehalten werden, dass in diesen genannten Strassenabschnitten die gemessenen Geschwindigkeiten gemäss Normvorgaben der VRV 85 (Verkehrsregelverordnung) eingehalten werden. Fazit: Aufgrund der Studie zum KGV sowie den gemachten Erfahrungen kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Umgestaltung des Schöneggparks den Verkehr beeinflussen oder verändern würde.

Da im Gebiet Schöneggpark schon mehrere Massnahmen bereits umgesetzt worden sind und noch weitere Massnahmen mit Tempo 30 in Planung sind und der KGV behördenverbindlich ist, empfiehlt der Stadtrat den Mitgliedern des Wohnerrates, die Motion nicht zu überweisen.

Herr Walter Krenn: Ich spreche im Namen der FDP-Fraktion zur Motion von Frau Angelika Curti. Ich bin erstaunt über diesen Vorstoss. Manchmal fühle ich mich diesbezüglich wie in einem falschen Film. Im November 2019 wurde durch die Herren Walter Krenn und Serge Läderach sowie 26 Mitunterzeichnenden das Postulat «Verkehrsführung Westquartier, Altenburg und Zubringer unteres Aaretal» eingereicht. Der Stadtrat hat das Postulat entgegengenommen. Bei dieser Gelegenheit würde mich interessieren, wie der Bearbeitungsstand für dieses bereits eingereichte und bestehende Postulat ist?

Einmal mehr müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass eine Motion betreffend Verkehrsberuhigung und Sicherheitskonzept eingereicht worden ist und diese wieder keinen Bezug zum Postulat vom November 2019 aufweist.

Die vorliegende Motion wird vom Stadtrat abgelehnt. Die Begründung Stadtrates ist nachvollziehbar.

Herr Stadtrat Roger Brogli hat erläutert, dass bereits verschiedene Massnahmen ausgeführt worden sind und gemäss KGV weitere Massnahmen geplant sind. Die vorliegende Motion hat nur die Behinderung des motorisierten Individualverkehrs zum Ziel. Die Motion ist zu Ungunsten des motorisierten Individualverkehrs und bringt eine Verschärfung der bestehenden Situation. Durch eine neue Beschränkung des Individualverkehrs entsteht lediglich eine neue Durchfahrtserschwerung für Bewohnerinnen und Bewohner, Rettungskräfte usw. Und ein wichtiger Aspekt, dass man nachher noch einen Lotsendienst haben müsste, fehlt in dieser Motion.

Die Haltung und das Fazit der FDP ist klar. Aus unserer Sicht braucht es eine gesamtheitliche Beurteilung wie dies bereits im Postulat von November 2019 gefordert wird. Wir wollen eine Gesamtlösung und nicht immer wieder viele Einzellösungen. Das heisst, es soll nicht wieder nur ein einzelnes Quartier beurteilt werden, sondern eine ganzheitliche Beurteilung von sämtlichen Quartieren mit Einbezug des Raums Schöneegg. Wir müssen einen Flickenteppich verhindern. Die FDP-Fraktion wird der Überweisung nicht zustimmen. Ich bitte den Rat, aus den genannten Gründen der Überweisung nicht zuzustimmen.

Frau Colette Degrandi Künzi: Ich spreche im Namen der GLP. Wir sind auch der Ansicht, dass die Verkehrssituation ganzheitlich gelöst werden muss. Jedoch bezieht sich der Vorstoss der Herren Walter Krenn und Serge Läderach ausschliesslich auf das Westquartier und die grossen Zubringer der Zurzacherstrasse, der Casinobrücke und der Aarauerstrasse. Es macht keinen Sinn abzuwarten, bis die Probleme im Westquartier gelöst sind und dabei die Situation bei der Schöneeggkreuzung zu ignorieren. Aktuell ist die Schöneeggkreuzung sehr gefährlich. Sie ist auch für geübte Verkehrsteilnehmer schwierig. Ich benütze diese Kreuzung regelmässig und betrachte die Kreuzung ebenfalls als gefährlich. Für Kinder und Bewohner des Alters- und Pflegeheims ist die Situation umso schwieriger. Deshalb erwarten wir, dass die Verkehrssicherheit an dieser Stelle so rasch wie möglich verbessert wird. Wenn wir das Gesamtverkehrskonzept weiterhin abwarten, dann müssen wir wahrscheinlich nochmals fünfzehn Jahre auf eine Veränderung warten. Ähnlich wie bei der Motion von Frau Karin Graf, welche immer noch hängig ist. Wir wollen nicht abwarten, bis sich wieder ein Todesfall an der Schöneeggkreuzung ereignet.

Frau Gina Sträuli: Ich spreche für die Fraktion der Grünen. Ich wohne seit drei Jahren an der Laurstrasse. Ich erlebe immer wieder gefährliche Verkehrsmanöver auf dieser Strasse, welche ich von Zuhause aus beobachten kann. Es kommt zum Beispiel oft zur Situation, dass Autofahrerinnen und Autofahrer von Richtung Eisiplatz herkommend, anfangen ihr Fahrzeug unverhältnismässig zu beschleunigen. Wir haben jedoch auf der Laurstrasse eine Verkehrssituation, welche keine hohe Geschwindigkeit von Fahrzeugen zulässt. Anschliessend kommen die Fahrzeuge bei der Entsorgungsstelle an eine Strassenverengung mit Fussgängerstreifen. Hier müssen die Fahrzeuge dann teilweise dem entgegenkommenden Verkehr den Vortritt lassen. Vielen Autofahrerinnen und Autofahrern missfällt dies jedoch und sie nehmen einen Ausweichweg über die Entsorgungsstelle. Dieses gefährliche Manöver ist mehrmals am Tag zu beobachten. Diese gefährliche Stelle ist nicht nur der Schulweg von vielen Schülerinnen und Schülern, sondern auch von vielen Kindern, welche den Kindergarten Stapfer besuchen. Diese können aufgrund der gefährlichen Situation nicht mehr selbstständig ihren Schulweg begehen. Zudem ist es auch der Weg zur Musikschule. Deshalb ist dieses Gebiet zu einem wahnsinnigen Brennpunkt geworden.

Frau Brigitte Perren Henneck hat im Jahr 2019 eine Petition zur Reduzierung des Verkehrslärms im Schöneegg-Quartier mit über 200 Unterschriften eingereicht. Am 17. August 2020 fand eine Besprechung mit Vertretern des Stadtrates statt, bei welcher ich auch anwesend war. Die Themen waren dazumal nicht nur die Verkehrssicherheit, sondern auch die Lärmbelastung. Im Anschluss fand eine Begehung der Laurstrasse statt. Dazumal fehlte sogar eine entsprechende Signalisation, welche auf einen Schulweg hinweisen würde. Diese wurde im Anschluss an das Gespräch montiert. Ich habe die Problematik dazumal mit dem zuständigen Stadtrat besprochen und den Wunsch geäussert, dass eine Lösung für diese gefährliche Situation gefunden werden muss, da die dortige Verkehrssituation für Kinder sehr gefährlich ist. Dazumal wurde mir versichert, dass eine Neugestaltung der Situation rund um die Entsorgungsstelle geplant wird. Es hat sich jedoch bis heute nichts an der Situation verändert. Ich habe vom Stadtrat keine Antwort auf mein Nachfragen, was für Massnahmen geplant sind, erhalten.

Auch die Situation bei der Einmündung des Vereinsweg in die Laurstrasse ist gefährlich. Hier beobachte ich oft Situationen, bei welchen Autofahrerinnen und Autofahrer auf das Trottoir ausweichen müssen. Auch dort sind Kinder unterwegs.

Ich bekunde grosse Mühe mit dem Argument, dass das Individuum so schnell wie möglich von A nach B kommen muss. Ich bin der Ansicht, dass unsere Kinder auch Individuen sind, welche einen sicheren Schulweg verdienen. Auch Anwohner sind Individuen, welche eine Reduzierung des Lärms verdient haben.

Aus der Umgestaltung der Fröhlichstrasse in eine Begegnungszone resultierte ein grosser Erfolg für die Bewohnerinnen und Bewohner. Diese Veränderung erfolgte schnell und unkompliziert. Darum frage ich mich, weshalb es nicht auch im Raum Schöneegg möglich ist, den Verkehr zu beruhigen. Ich möchte nicht auch noch fünfzehn Jahre auf eine Änderung warten müssen. Es ist ein sehr dringendes Thema und ich bin immer wieder froh, wenn nichts Schlimmes passiert. Wir werden der Überweisung der Motion von Frau Angelika Curti zustimmen und danken ihr herzlich für die Einreichung dieser Motion.

Frau Rita Boeck: Die SP unterstützt die Motion. Es geht hier ja nicht darum, motorisierte Fahrzeuge zu behindern oder einzuschränken. Es geht um die Sicherheit der dort spielenden Kinder und der mehrheitlich älteren Menschen, welche sich dort aufhalten.

Ich kann gut verstehen, dass sich die Menschen, welche in dieser Zone leben, wegen dem stetig zunehmenden Strassenverkehr Sorgen um die Kinder machen. Die verbesserte Attraktivität des Spielplatzes wird sicherlich noch mehr Menschen anziehen. Deshalb darf man mit Verbesserungen zur Sicherheit nicht warten, bis etwas passiert.

Es wurde gesagt, dass man den KVG gesamtheitlich über die ganze Stadt anwenden will. Jedoch zeigt sich, dass nicht jede Situation in der Stadt gleich zu beurteilen ist und sich auch nicht gleich entwickelt. Und darum ist es wichtig, jede Situation individuell zu überprüfen. Deshalb müsste doch klar sein, dass man sich dort für eine Verbesserung einsetzt, wo Gefahren bestehen. Ich danke Frau Angelika Curti für das Verfassen dieser Motion.

Frau Barbara Müller-Hefti: Auch für die EVP-Fraktion stellt die aktuelle Verkehrsführung und Regelung im Raum Schöneegg ein Sicherheitsrisiko dar. Und dies speziell für die schwächsten im Verkehr, nämlich für die Fussgängerinnen und Fussgänger und die Velofahrerinnen und Velofahrer. Es besteht hier also Handlungsbedarf.

Und darum sind wir der Meinung, dass im Zuge der Neugestaltung des Schöneggparks auch ein neues Verkehrssicherheitskonzept erstellt und umgesetzt werden muss.

Aus unserer Sicht «beisst» sich die Motion auch nicht mit dem von den Herren Walter Krenn und Serge Läderach eingereichten Vorstoss. Es unterstreicht lediglich die Notwendigkeit einer verkehrssicheren Gestaltung. Und vielleicht gelingt es dem Stadtrat, dabei mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Die EVP ist für die Überweisung der Motion.

Herr Titus Meier: Grundsätzlich verlangt diese Motion die Erstellung eines Konzepts. Wie der Stadtrat mitteilt, gibt es ja bereits ein Konzept. Deshalb wäre es nun doch wichtig zu wissen, wie der Stand der Umsetzung dieses bereits existierenden Konzepts ist? Wieso soll es ein weiteres Konzept geben? Die Motion fordert ja nicht die Umsetzung von Massnahmen, sondern ein Konzept. Darum ist für mich auch unklar, was wir bei einer Überweisung dieser Motion dann tun müssten, da wir ja bereits ein Konzept haben.

Mit der Einrichtung der Begegnungszone bei der Fröhlichstrasse war uns doch dazumal mitgeteilt worden, dass sich dadurch der Verkehr auf die Laurstrasse verlagern würde. Denn irgendwo muss der Verkehr durch, das ist das Prinzip der korrespondierenden Röhre. Für mich stellt sich jetzt die Frage nach dem Ziel dieser Motion? Wird ein weiteres Konzept gewünscht oder sind konkrete Massnahmen gefordert? Aber dann wäre es die falsche Motion.

Frau Angelika Curti: Ich finde es super, dass das kommunale Gesamtverkehrskonzept seit Januar 2018 behördenverbindlich in Kraft ist. Gemäss diesem Konzept sollten Massnahmen kurzfristig innert fünf Jahren oder mittelfristig innert zehn Jahren umgesetzt werden.

Jedoch verändern sich nun die Voraussetzungen mit der Neugestaltung des Schöneggparks wieder. Das Gefahrenpotential steigt dort. Aus dieser Perspektive gesehen bin ich der Meinung, dass man die Situation bei dieser Kreuzung nochmals prüfen muss. Im KGV ist zum Beispiel auch die Route Gwagglibrugg - Altenburgerstrasse - Laurstrasse als Velo-Hauptroute eingeteilt. Es wäre keine grosse Sache, diese Route wenigstens zu signalisieren. Aber hier wartet man. Und weil man überall so lange wartet, kommt nun eine neue Motion, welche sich überhaupt nicht «beisst» mit dem KGV. Die Feinausarbeitung muss ja sowieso noch gemacht werden. Es ist also eine Aufforderung an den Stadtrat, dass man hier vorwärts machen soll.

Ausserdem ist zum Beispiel im Gebiet Altenburg eine Begegnungszone geplant, auch hier ist zu vermuten, dass dies noch viel Zeit bis zur Realisierung in Anspruch nehmen wird.

Es ist nicht meine Absicht, das Postulat zum Westquartier zu verhindern. Das Gegenteil ist der Fall. Die Schöneeggkreuzung ist der östlichste Teil des Westquartiers und man könnte hierbei zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen beziehungsweise die Situation gesamtheitlich prüfen. Das eigentliche Ziel der Motion ist, dass der Stadtrat hier vorwärts machen soll.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird die Motion mit 27 Ja gegen 18 Nein überwiesen.

Traktandum 5: Motion Barbara Geissmann betreffend Änderung der Gemeindeordnung
(wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Wie der Rat der Traktandenliste entnehmen konnte, empfiehlt der Stadtrat die Entgegennahme der Motion. Die Motion wurde von Frau Barbara Geissmann und Mitunterzeichnenden an der Einwohnerratssitzung vom 21. Oktober 2022 eingereicht. Die Motion verlangt, dass die Gemeindeordnung dahingehend geändert wird, dass die Zusicherung zur Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht von Ausländerinnen und Ausländern zukünftig in den Zuständigkeitsbereich des Stadtrates fällt und nicht mehr wie bisher im Kompetenzbereich des Einwohnerrates liegt. Bei der inhaltlichen Prüfung von Gesuchen und auch bei der Zusicherung des Bürgerrechts an Ausländerinnen und Ausländer besteht kaum ein Ermessensspielraum. Eine Übertragung der Kompetenz an den Stadtrat könnte das Verfahren beschleunigen und den Einwohnerrat entlasten. Die Möglichkeit einer Kompetenzverschiebung ist im Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht explizit vorgesehen, bedingt allerdings eine entsprechende Festlegung in der Gemeindeordnung.

Der Stadtrat hat sich gemäss Legislaturprogramm das Ziel gesetzt, die kommunalen Rechtsgrundlagen bezüglich Vollständigkeit und Aktualität zu überprüfen. Aktuell sind wir dabei, den Handlungsbedarf für Anpassungen zu eruieren. Bei der Gemeindeordnung zeigt sich dabei der Anpassungsbedarf in verschiedenerlei Hinsicht. Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Stadtrat dem Einwohnerrat die Überweisung der Motion, damit wir dieses Anliegen gemeinsam überprüfen und anschliessend darüber befinden können.

Frau Barbara Geissmann: Ich spreche für mich und hoffentlich auch für viele der Mitunterzeichnenden dieser Motion. Die Motion beinhaltet einen kurzen Text, eine kurze Begründung und viele Unterschriften. Das klingt eigentlich nach einer einfachen Sache, aber ist es vielleicht doch nicht. Weil es hierbei um etwas Grösseres geht als zum Beispiel bei einem Geschäft, bei welchem es darum geht, Unterlagen digital beziehen zu können. Es geht um nicht weniger als um einen Grundsatzentscheid beziehungsweise um eine Kompetenzverschiebung. Es geht darum, dass der Einwohnerrat zukünftig nicht mehr über Einbürgerungsgesuche entscheiden soll und diese Kompetenz an den Stadtrat fällt. Und deshalb ist es auch umso wichtiger, dass diese Motion in allen Fraktionen eine breite Unterstützung findet.

Warum reiche ich die Motion jetzt ein? Dieses Thema wurde bereits ein paar Mal diskutiert und man war dann immer der Ansicht, dass man dieses Thema noch nicht in Angriff nehmen will. Doch nun findet dieses Thema eine breite Unterstützung. Wir wissen zudem auch, dass bereits verschiedene Gemeinden diese Kompetenzdelegation an den Stadtrat umgesetzt haben und dies auch erfolgreich praktizieren.

Wie der zukünftige Prozess explizit aussehen soll, wird bei der Überarbeitung der Gemeindeordnung noch festgelegt werden müssen. Es wird wahrscheinlich Voten geben, welche auch zukünftig eine zusätzliche Kontrolle durch eine Kommission wünschen werden.

Ich gehe davon aus, dass für die Erarbeitung der Gemeindeordnung eine Kommission eingesetzt wird, bei welcher auch Mitglieder des Einwohnerrates mitwirken können. Somit kann gewährleistet werden, dass die Festlegung des neuen Prozesses auch nach der Vorstellung des Einwohnerrates umgesetzt wird. An der heutigen Sitzung ist für mich jedoch der Grundsatzentscheid wichtig, ob wir diese Kompetenz an den Stadtrat abgeben wollen oder nicht. Meiner Ansicht nach ist die Behandlung der Einbürgerungsgeschäfte an den Einwohnerratsitzungen nur eine pro forma Sache, bei welcher der Rat lediglich noch seine Zustimmung zu den einzelnen Gesuchen abgibt.

Gerne regen wir an, dass bei einer allfälligen Änderung der Gemeindeordnung die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller nicht bloss einen Brief erhalten werden mit welchem man ihnen zur Aufnahme ins Bürgerrecht gratuliert. Wir würden es begrüßen, wenn man ähnlich wie bei Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger die neuen Bürgerinnen und Bürger der Stadt mit einem Anlass oder einem Apéro willkommen heisst. Wir hoffen auf eine breite Unterstützung aus dem Rat.

Herr Miro Barp: Ich spreche in meinem Namen und auch ein wenig als Secundo. Ich kann der Motion von Barbara Geissmann leider nicht zustimmen. Diese geht in eine komplett falsche Richtung. Es ist richtig, dass der Einwohnerrat praktisch alle Anträge gutheisst. Das bedeutet aber auch, dass der Stadtrat und auch die Finanzkommission gute Vorarbeit leisten. Bei Einbürgerungen gibt es aber auch immer einen Ermessungsspielraum. Dieser ist wichtig und auch entscheidend. Es gehört zu den Aufgaben des Einwohnerrates, dass er eine andere Gewichtung als die Verwaltung vornimmt und die Gesuche aus einem anderen Blickwinkel prüft.

Viel wichtiger ist uns jedoch der symbolische Akt, welcher hier im Rat stattfindet. Dieser ist entscheidend und sicherlich nicht nur pro forma. Es geht um die Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt Brugg, welche die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller von fünfzig Volksvertreterinnen und Volksvertretern in einer demokratischen Abstimmung erhalten. Dies besitzt einen grösseren Stellenwert als die Verleihung des Bürgerrechts durch einen Verwaltungsakt. Wenn Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller diesen Einbürgerungsakt vor Ort mit anschliessendem Applaus selber erleben dürfen, verpflichtet dies doch auch. Die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller werden so in unserer Gemeinschaft willkommen geheissen. Und darum bin ich der Meinung, dass diese Symbolik nicht durch ein Cüpli und belegte Brötchen ersetzt werden kann. Ich bin entschieden gegen die Überweisung dieser Motion und verlange deshalb die Abstimmung im Rat.

Herr Silvan Brügger: Die Fraktion der Grünen steht hinter dieser Motion von Frau Barbara Geissmann. Die Überlegungen der Motionärin sowie von Frau Stadtammann Barbara Horlacher überzeugen uns allesamt. Seit bald einem Jahrzehnt gibt es im Kanton Aargau das Recht, die Kompetenz zur Vergabe des Gemeindebürgerrechts an die Exekutive zu übertragen. Bereits mehrere grosse Aargauer Gemeinden mit Einwohnerrat haben diese Möglichkeit genutzt. Aber auch bei Gemeinden mit Gemeindeversammlung wurde diese Änderung bereits umgesetzt.

Die emotionale Komponente, welche dieses Geschäft beinhaltet, verstehen wir sehr gut. Und auch der Grundsatzgedanke, die Antragstellerinnen und Antragsteller persönlich willkommen zu heissen, finden wir gut. Aber es sollte hier auch nicht nur um unsere Neugier gehen. Die Neugier können wir auch, wie vorgeschlagen, mit einem entsprechenden Anlass wahrnehmen. Auch so hätte man die Möglichkeit, die neuen Bürgerinnen und Bürger der Stadt treffen zu können und vielleicht etwas näher kennenzulernen.

Ich bitte den Rat auch zur Kenntnis zu nehmen, dass sich unsere Kenntnisse über die einzelnen Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller nur auf sehr dürftige Angaben beschränken. Die Finanzkommission hat in alle Unterlagen Einsicht und überprüft diese Dossiers. Der Ermessensspielraum bleibt jedoch klein. Eine echte Diskussion, welche die Verfahrensregeln einhalten würde, kann kaum stattfinden.

Es müssten irgendwelche emotionale Argumente oder Insiderinformationen auftauchen, welche dann sehr wahrscheinlich rechtlich gar nicht zulässig wären. Oder kann sich der Rat einen Fall vorstellen, bei welchem es zu einer sinnvollen Diskussion mit Ermessensspielraum kommen und man dann tatsächlich auch das Bürgerrecht verweigern könnte?

Wir sind deshalb der Ansicht, dass trotz der emotionalen Komponente die Kompetenz der Vergabe des Bürgerrechts beim Stadtrat in besseren Händen ist. Wir könnten zudem wertvolle Zeit für andere Geschäfte einsparen. Ich den Rat deshalb, der Überweisung der Motion zuzustimmen.

Herr Reto Bertschi: Ich spreche im Namen der Finanzkommission, welche die Einbürgerungsgesuche prüft. Wir sind einstimmig der Meinung, dass man diese Motion nicht überweisen sollte. Der Grund dafür ist, dass die bisherige Regelung gut funktioniert. Die rechtlichen Voraussetzungen werden durch die Verwaltung geprüft und anschliessend findet ein Gespräch mit den Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern und zwei Vertretern des Stadtrates statt. Bevor die Einbürgerungsdossiers dem Einwohnerrat vorgelegt werden, erfolgt eine Prüfung durch die sieben Mitglieder der Finanzkommission. Dadurch sind quasi alle Fraktionen bei der vertieften Prüfung der Dossiers involviert. Unter demokratischen Aspekten ist es sehr wichtig, dass nicht nur der Stadtrat Einsicht in die Dossiers hat und Entscheide fällen kann. Uns ist das Vieraugenprinzip bei der Prüfung der Dossiers ein Anliegen. Die Verschiebung der Kompetenzregelung an den Stadtrat zur Vergabe des Bürgerrechts käme für uns einem Demokratieabbau gleich. Ich bitte den Rat deshalb, der Überweisung der Motion nicht zuzustimmen.

Ich persönlich vertrete nicht die Auffassung, dass man unbedingt an allen Traditionen festhalten muss. Aber in diesem Fall würde man einem Demokratieabbau zugunsten einer kleinen Effizienzsteigerung zustimmen. Lediglich 9 Minuten und 50 Sekunden benötigte der Einwohnerrat für die heutige Behandlung der Einbürgerungsgesuche. Bei einer Aufrechnung auf alle Einwohnerratssitzungen eines Jahres ergäbe dies knapp eine Stunde Behandlungszeit. Bei anderen Voten wird viel mehr geredet und es kommt oftmals weniger dabei heraus. Ich bitte den Rat deshalb, am derzeitigen Verfahren mit dem Vieraugenprinzip festzuhalten. Man kann ja auch bei anderen Geschäften mit kürzeren Voten Zeit einsparen.

Frau Esther Graf: Wir haben anlässlich der Fraktionssitzung darüber diskutiert, dass wir es schade fänden, wenn wir das Aufnahme­ritual mit Abstimmung im Rat fallen lassen würden. Denn dieses hat auch eine gewisse Signalwirkung für das Demokratieverständnis der Bewerberinnen und Bewerber.

Herr Silvan Brügger: Ich verstehe nicht, in wie weit die genannten Einwendungen dem Antragstext widersprechen. Wenn es zur Überarbeitung der Gemeindeordnung kommen würde, könnten alle Parteien ihre Einwendungen äussern und ihre Vorschläge in den Prozess miteinfließen lassen. Es könnte auch eine Kommission gebildet werden, welche fast identisch wäre mit derjenigen der Finanzkommission. Auch das Vieraugenprinzip könnte weiterhin bestehen bleiben, was kein Widerspruch zur Motion von Frau Barbara Geissmann darstellen würde.

Herr Titus Meier: Ich darf seit einigen Jahren als Mitglied der Finanzkommission Einbürgerungsgesuche prüfen. Es ist nicht so, dass es hier nur um die Anwendung des Vieraugenprinzips geht. Die Finanzkommission hat im Laufe der Jahre auch gewisse Kriterien aufgestellt, welche wir in einem Ausschuss des Einwohnerrates definiert haben und welche durch den Stadtrat geprüft werden müssen. Zum Beispiel wollen wir wissen, wie die Schule die Einbürgerungswilligen wahrnimmt und wie es um die elterliche Mitwirkungspflicht steht. Es gab auch schon Gesuche, bei welchen wir punktuell zusätzliche Abklärungen veranlassen mussten, weil die Sachlage aus den Unterlagen nicht klar hervorging. Wir hatten auch schon Situationen, bei welchen wir ein Gesuch zurückstellen mussten, weil ein Mitglied der Finanzkommission von einem Vorfall wusste, welcher detailliertere Abklärungen notwendig macht.

Wenn wir diese Motion überweisen, dann nehmen wir den Einwohnerrat aus dem Prozess heraus. Wir geben damit den ganzen Verfahrensprozess in die Hand des Stadtrates. Wir haben aber die Möglichkeit, dass die Kompetenz beim Einwohnerrat verbleibt. So können wir auch das Verfahren festlegen. Es ist nicht möglich, dass wir die Kompetenz zur Vergabe des Gemeindebürgerrechts dem Stadtrat übertragen und es trotzdem weiterhin eine Prüfung durch die Finanzkommission gibt. Dazu gibt es klare Vorgaben im Gemeinderecht und in der kantonalen Bürgerrechtsgesetzgebung. So viele Möglichkeiten, wie hier bereits besprochen wurden, stehen uns nicht zur Verfügung.

Meines Erachtens sollten hier nicht reine Effizienzgründe ausschlaggebend sein. Wir haben gesehen, dass wir schon jetzt länger darüber debattieren als wir für die Behandlung der Einbürgerungsgesuche benötigen. Es geht doch darum, dass wir mit den Einbürgerungen ein Thema haben, welches in der Bevölkerung sehr emotional diskutiert wird.

Die Erfahrung zeigt, dass wenn man in einem Prozess involviert ist, man auch ein besseres Verständnis für die Geschehnisse erhält. Wir haben diese Erfahrungen im Grossen Rat gemacht. Bei Einbürgerungsgeschäften gab es immer wieder politische Diskussionen. Aufgrund dessen wurde eine Einbürgerungskommission eingesetzt. Seither gibt es keine solchen Debatten mehr, weil die Ratsmitglieder wissen, dass in der Kommission sauber gearbeitet wird. Dieses System hat sich auch bei der Stadt bewährt und es gibt keine sachlichen Argumente, dass eine Änderung effektiv eine Verbesserung bringen würde. Wir könnten zehn Minuten Sitzungszeit einsparen, aber es würde etwas ganz Wesentliches verloren gehen.

Der Kanton ist zurzeit daran, das Gemeindegesetz komplett zu revidieren. Der Prozess startet dieses Jahr und wird voraussichtlich zwei bis drei Jahre Zeit in Anspruch nehmen. Unsere Gemeindeordnung basiert ganz wesentlich auf diesem Gesetz. Es wäre deshalb nicht schlau, wenn wir jetzt unsere Gemeindeordnung vor Abschluss der Revidierung des Gemeindegesetzes ändern würden. Wir sollten abwarten, was auf kantonaler Ebene ändert.

Herr Patrick von Niederhäusern: Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion. Für uns ist die Abstimmung im Rat nicht das zentrale Thema. Für uns ist wichtig, dass bei der Prüfung des Dossiers das Vieraugenprinzip bestehen bleibt und dass der Stadtrat nicht alleine über die Einbürgerungsgesuche bestimmen kann. Für uns ist es zwingend, dass die Dossiers weiterhin durch eine Kommission geprüft werden, so wie es zurzeit durch die Finanzkommission geschieht. Und deshalb werden wir für die Nichtüberweisung der Motion stimmen.

Frau Rita Boeck: Ich habe eine Frage an den Stadtrat: Könnte sich der Stadtrat vorstellen, falls die Kompetenz zur Vergabe des Bürgerrechts auf Gemeindeebene an den Stadtrat geht, eine Kommission einzusetzen?

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Wir haben im Stadtrat noch nicht im Detail darüber diskutiert. Wir wissen, dass es verschiedene Modelle gibt. Es ist uns ein Anliegen, dass der neue Prozess im Falle einer Änderung der Gemeindeordnung in Zusammenarbeit mit der Legislative ausgestaltet wird. Der Stadtrat ist zudem offen bezüglich der Prüfung um Einsetzung einer Kommission.

Herr Martin Brügger: Ich habe eine andere Behandlungszeitdauer für Einbürgerungsgesuche gestoppt als Herr Reto Bertschi. Ich habe 7 Minuten und 40 Sekunden gestoppt. Eines der oft genannten Argumente bei den vorangegangenen Voten war die Effizienzsteigerung. Wenn wir nun aber im Rat hören, dass man eine neue Kommission einzusetzen will, dann frage ich mich, wie wird dann die Effizienz gesteigert? Ich habe den Abstimmungsakt hier im Rat immer als sehr würdevoll empfunden, vor allem wenn der Präsident dies auf eine gewisse Art und Weise gestaltet hat. Ich persönlich bin generell gegen Verschiebungen von Kompetenzen von der Legislative zur Exekutive.

Herr Reto Bertschi: Wir müssen uns bewusst sein, dass wenn wir nun diese Kompetenz aus unseren Händen geben, der Stadtrat das Verfahren vorgibt. Und dies unabhängig davon, was sie jetzt für Ideen haben. Es wird nicht mehr dasselbe sein. Es wäre ein Demokratieabbau, ob man nun eine Kommission einsetzt oder nicht.

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: An der heutigen Sitzung geht es ja nicht um einen Beschluss zur Änderung der Gemeindeordnung, sondern um die Überweisung der Motion. Das bedeutet, dass eine Überweisung der Motion einen Bericht und Antrag zur Änderung der Gemeindeordnung zur Folge hätte. Im Rahmen dieses Antrages würde der Stadtrat dazu Stellung nehmen, wie er sich das zukünftige vorgelagerte Prozedere vorstellt. Dieses könnte dann im Einwohnerrat diskutiert und von diesem abschliessend festgelegt werden. Über den geplanten Prozess kann ich heute Abend noch nichts sagen, da dies im Stadtrat im Detail noch nicht Thema war.

Frau Barbara Geissmann: Ich bedanke mich für die Diskussion. Wir wissen jetzt schon seit längerer Zeit, dass dies ein emotionales Thema ist. Deshalb haben wir die Behandlung auch immer wieder verschoben. Wir sollten uns nun aber nicht mehr von emotionalen Stimmen davon abbringen lassen, dieses Thema in Angriff zu nehmen.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

--- Frau Vera Becker verlässt die Sitzung. Es sind nun 45 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr beträgt nun 23 Stimmen. ---

In der Abstimmung wird die Motion mit 24 Ja gegen 19 Nein überwiesen.

Traktandum 6: Postulat Martin Brügger betreffend ergebnisoffene Planung Gebietsentwicklung Aufeld - Aegerten (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Das Postulat fordert den Stadtrat auf, bei der Gebietsentwicklung Aufeld – Aegerten für den Bereich Verkehr eine ergebnisoffene Planung durchzuführen. Es geht insbesondere darum, dass die Verkehrserschliessung dieses Entwicklungsgebietes auch ohne Zentrumsentlastung, welche im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts Ostargau vorgesehen ist, funktionieren müsste. Dies Anliegen deckt sich mit den Anliegen des Stadtrates für dieses Gebiet. Es sind diese Rahmenbedingung, welche wir bereits jetzt in die Pflichtenhefte für die Konzepte zur Vorstudie einfliessen lassen. Darum ist der Stadtrat gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Herr Martin Brügger: Ich danke Frau Stadtmann Barbara Horlacher für die gemachten Ausführungen und freue mich, dass die Überweisung des Postulats unbestritten ist.

Die Diskussion ist damit erschöpft.

Eine Abstimmung über das Postulat entfällt, da dieses vom Stadtrat entgegengenommen wird.

Der Präsident gibt den Eingang folgender Vorstösse bekannt:

- Motion Rita Boeck betreffend Ergänzung der Gemeindeordnung
- Postulat Miro Barp betreffend Prüfung demontierbarer Bedachung eines Platzes zur wetterunabhängigen Durchführung von Veranstaltungen in der Stadt Brugg
- Postulat Rita Boeck betreffend Verminderung Lichtverschmutzung Stadion Au
- Kleine Anfrage Yves Gärtner betreffend Stand der Planung für Tempo 30 in Brugg
- Kleine Anfrage Titus Meier betreffend Umgang mit dem kulturellen Erbe der Stadt Brugg im Zusammenhang mit der Integration der Stadtbibliothek in die städtische Verwaltung
- Kleine Anfrage Patrick von Niederhäusern betreffend Weihnachtsbeleuchtung/Strommangellage
- Kleine Anfrage Leonie Woodtli betreffend Mietzinsrichtlinien für Sozialhilfebeziehende

Der Präsident macht folgende Mitteilungen:

- Die nächste Sitzung des Einwohnerrates findet am 24. März 2023 um 19.30 Uhr im Rathausaal statt.
- Im Anschluss an die Einwohnerratssitzung findet eine Informationsveranstaltung zum Thema „Zukunft Lehrschwimmbecken und Hallenbad Brugg“ statt.

Schluss der Sitzung: 21.30 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATES

Der Präsident:



Der Aktuar:

